

Welthauptstädte

Zugänge, Informationen, Relevanz – der Alltag von Korrespondenten in Brüssel und Washington unterscheidet sich grundlegend

Von Matthias Kolb

Willkommen in der Hauptstadt der Oberflächlichkeit!“ So begrüßte mich ein erfahrener Kollege, als ich im Januar 2012 in Washington eintraf, um für die Website der *Süddeutschen Zeitung* über den US-Präsidentschaftswahlkampf zu berichten. Schnelllebig und schwer planbar sei das Nachrichtengeschäft in Washington, wo die Sender CNN, Fox News und MSNBC ebenso wie *Washington Post*, *New York Times* oder das damals recht neue *Politico* pausenlos über den amerikanischen Politbetrieb berichteten – oft durch die Brille des „Wem nutzt das jetzt?“ und „Welche Auswirkungen hat es auf Vorwahlen und Wahlkampf?“

Eben dieser Wahlkampf und die Frage, ob Barack Obama eine zweite Amtszeit gewinnen würde, waren die zentralen Projekte meiner Entsendung. Früh bekam ich den Rat, meine Zeit nicht damit zu verschwenden, Interviews bei Ministerien anzufragen. „Das dauert ewig, es redet höchstens ein Unterstaatssekretär mit dir und

Tage später liest du in der *New York Times*, was Sache ist“, sagte ein anderer SZ-Kollege, der aus Brüssel gekommen war und monatelang versucht hatte, in Washington ein ähnliches Netzwerk aus Quellen und Informanten aufzubauen – es gelang ihm ebenso wenig wie vielen vor und nach ihm. Deutsche Medien sind schlicht uninteressant für US-Politiker.

Diese Ratschläge habe ich nie vergessen und oft erwähnt, wenn jemand wissen wollte, wie die Arbeit denn so ablaufe in Washington. Seit Herbst 2018 schreibe ich nun von Brüssel aus für die SZ über EU und NATO. In beiden Städten dreht sich von morgens bis abends (fast) alles um Politik; viele Menschen tragen schon so lange Zugangskarten um den Hals (die Regel „je mehr Badges, umso einflussreicher“ gilt überall), dass sie diese auch abends beim Drink nicht abnehmen.

Wie in Washington gibt es in Brüssel kaum Ruhe, den Arbeitstag bestimmen Eilmeldungen und das Weltgeschehen, denn die EU nimmt zu allen

In Brüssel sind Journalisten weit weg von den Menschen

Themen Stellung oder kann kompetent Auskunft geben. Die Arbeitsumstände unterscheiden sich aber erheblich und beeinflussen, wie umfassend Korrespondenten über die komplexen Vorgänge an zwei journalistischen Hotspots informieren können. Zugang zu den Entscheidern, Reaktionen auf die eigenen Berichte, Mechanismen und Abläufe eines Arbeitstags, Rituale und Regeln – diese Differenzen möchte ich aus persönlicher Erfahrung skizzieren. Als These ließe sich formulieren: In den USA ist der deutsche Korrespondent oft nah dran an den Menschen, aber fern von den Entscheidern – in Brüssel ist es umgekehrt.

Nähe zu den Handelnden

Der größte Unterschied besteht im Zugang. Weil in Brüssel neben Europaparlament und EU-Kommission alle 28 Mitgliedstaaten vertreten sind, gibt es zu allen Themenfeldern, Projekten oder Gesetzesinitiativen zahlreiche Interessenvertreter. Also reden Kommissare, Minister und Abgeordnete gerne mit Journalisten – mal aus Eitelkeit, mal um Gerüchte klarzustellen. Oft darf man das Gesagte zwar nicht direkt zitieren, aber mit Fleiß und kollegialer Hilfe lässt sich die Lage gut rekonstruieren.

Dass sich Sprecher und Kommunikationsberater schnell melden, Hintergrundgespräche vermitteln und ihre Positionen darlegen, hat mehrere Gründe. Anfragen von Journalisten länger zu ignorieren, ist riskant. Wenn etwa der britische PR-Mann nicht zurückruft, dann steht womöglich ein Spin in der Zeitung oder online, der völlig von der Sicht Berlins oder der Kommission geprägt ist. Oft

fragen die Sprecher selber zurück und wollen wissen, wie ein Thema in Deutschland diskutiert wird – vor dem Hamburger CDU-Parteitag war das Interesse an AKK enorm. Auch was Dokumente angeht, ist Brüssel für Journalisten ein guter Ort: Beim Europäischen Rat gibt es eben mindestens 28 Ansprechpartner – und über Pläne der Kommission sind die jeweiligen Fachleute des Europaparlaments informiert.

Spätestens seit der Fernsehserie „House of Cards“ kennen auch Europäer den Einfluss der Lobbyisten; doch im Vergleich zu den 11 400 in der amerikanischen Hauptstadt sind in Brüssel mit 25 000 noch mehr registriert – und auch sie suchen, teils offensiv, den Kontakt zu Journalisten und sind gute Quellen. Als Korrespondent aus Deutschland ist man nicht nur wegen der Einwohnerzahl und wirtschaftlichen Bedeutung der Bundesrepublik privilegiert. Der Einfluss deutscher Politiker ist enorm: Die Generalsekretäre von EU-Kommission und Europaparlament kommen ebenso wie vier der sechs Fraktionschefs aus Deutschland und sie lesen ihre heimischen Medien, weshalb Aktivisten und Abgeordnete in die deutschen Medien drängen.

In den USA ist das anders: Außerhalb Washingtons wird man als Deutscher meist sehr positiv aufgenommen, weil knapp 50 Millionen Amerikaner ihre Wurzeln in Deutschland haben (meist habe ich wissend genickt, wenn mir stolz der Name des Dorfes genannt wurde, in dem Uropa oder Oma geboren wurden). Zudem waren etwa zehn Millionen US-Soldaten seit 1945 in der BRD stationiert und „German cars and German beer“ sind weiter enorm populär.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Aber an beiden Enden der Pennsylvania Avenue, also im Weißen Haus und im Kongress, ist ein Journalist aus Deutschland genauso uninteressant wie ein Reporter aus Estland. Während des Präsidentschaftswahlkampfes 2016, den ich auch für SZ.de verfolgt habe, fragte ich – mehr aus Prinzip – Interviews mit Kandidaten an und bekam als Antwort (wenn eine kam): „You don’t bring any votes.“ Daher ist die Tageszeitung *Des Moines Register* aus Iowa, wo traditionell die erste Vorwahl stattfindet, viel einflussreicher und interessanter für US-Politiker als europäische Traditionsmedien wie *FAZ*, *Spiegel* oder *Le Figaro*. Anders ist es für die Kollegen aus Großbritannien (*The Guardian* und *Daily Mail* haben eigene US-Online-Ausgaben) und der spanischsprachigen Welt, weil deren Berichte eben Wählerstimmen einbringen können.

Es hilft wenig, den fehlenden direkten Zugang in Washington zu beklagen: Schließlich geht es allen Eu-

ropäern so, das zwingt zu kreativen Ansätzen. Außerdem kommen Politikerreaktionen dank Kabel-TV und Twitter in Echtzeit. Akkreditierungen für Wahlkampf-Events zu bekommen, war selten ein Problem – außer für Auftritte von Donald Trump, was aber eher am Andrang lag als an bösem Willen. Auch hier gilt die nachvollziehbare Logik: Zugang bekommt erst die Lokalzeitung, dann das internationale Medium.

Anders als New York bietet Washington unzählige Möglichkeiten, gerade Republikaner bei deren Auftritten in Thinktanks wie Heritage, Cato oder American Enterprise Institute aus der Nähe zu sehen, ihre Argumente anzuhören und die Reaktion des konservativen Publikums miterleben – wie in Brüssel gibt es jeden Abend Empfänge, Lesungen oder Vorträge. Demokraten sind natürlich auch präsent, aber die größte Herausforderung für US-Korrespondenten liegt wohl darin, die Republikaner

und die konservative Bewegung dem Publikum näher zu bringen.

Mechanismen, Rituale und Abläufe

Weil im Zweiparteiensystem der USA meist alle acht Jahre die wichtigen Posten neu besetzt werden, gibt es in den Denkfabriken viele gut vernetzte Ex-Staatssekretäre und Berater. Momentan sind es Demokraten, die dort auf den nächsten Präsidenten

ihrer Partei warten und so lange gern ihre Expertise mit Ausländern teilen (sobald sie Macht haben, sind die Europäer dann wieder abgemeldet). Diese im Po-

litsprech als „formers“ bezeichneten Fachleute gibt es in Brüssel auch und sie sind hilfreich für das tiefere Verständnis; die Einschätzung der Ehemaligen ist aber nicht so essenziell, da zumindest spezialisierte Journalisten oft schneller mit den Entscheidern reden als die Thinktaker.

Dieser Zugang ist für die tägliche Berichterstattung und zur Einschätzung der Entwicklungen unerlässlich, hat aber zur Folge, dass viele Texte aus Brüssel mit ihren Verweisen auf „EU-Diplomaten“ eher technisch wirken und darin nach Meinung vieler Leser zu wenig „normale“ Menschen vorkommen. Dies liegt nicht daran, dass die in Brüssel stationierten Journalisten nicht reisen würden; aber anders als die in Buenos Aires, Stockholm oder Kairo stationierten Korrespondenten fliegt unsereins vor allem zu Gipfeltreffen und Konferenzen. Hier ist der Unterschied zu den US-Kollegen wohl am größten: In allen Ecken des riesigen Landes gibt es Geschichten aus dem Alltag der Menschen zu erzählen, die dafür fast immer sehr offen sind.

Wer 2014 und 2015 die Küstenregionen verließ, der spürte damals die Wut auf das Establishment von Demokraten und Republikanern. Wie groß die Erfolge von Bernie Sanders und Donald Trump letztlich werden würden, war offen, aber die Sehnsucht nach anderen Politikern war unübersehbar und wurde von den Experten viel zu lange unterschätzt. Warum? Sie verließen zu selten den „Beltway“, die Boom-Region rund um Washington DC.

Wer über einen Wechsel nach Brüssel nachdenkt, der hört von Vorgesängern und Kollegen oft den Satz: „Es ist super, aber es ähnelt mehr der Arbeit im Hauptstadtbüro in Berlin als den üblichen Posten als Auslandskorrespondent.“ Denn wegen der europäischen Integration wird vieles, was deutsche Bürger und Unternehmen betrifft, in Brüssel entschieden. Daher gibt es eine Konkurrenz um exklusive Informationen und noch bessere Zugänge. Im Vergleich zu Berlin, wo der Wettbewerb um Scoops dem Vernehmen nach hart ist, läuft es in Brüssel unter den Landsleuten kollegialer ab. Das mag auch daran liegen, dass Leaks noch immer die größte Wirkung erzielen, wenn sie von *Financial Times*, *Politico* oder *The Guardian* verbreitet werden und jeder sie sofort auf Englisch lesen kann.

In Washington gelingt kaum einem Deutschen ein Scoop, weshalb der Neid unter Kollegen eher darin besteht, wer welche Reportagereisen unternehmen darf. Entsprechend ist die Resonanz der eigenen Arbeit: Meine Stücke aus Washington, die oft morgens prominent auf SZ.de platziert waren, wurden von deutschsprachigen Lesern im In- und Ausland intensiv wahrgenommen, aber

Korrespondenten
verlassen zu selten
den „Beltway“

„offizielle“ Reaktionen gab es kaum. Und natürlich kümmerten sich weder Obama noch Trump um die Beurteilungen durch deutsche Journalisten.

In Brüssel hingegen sehen Journalisten die Handelnden, deren Aussagen, Abstimmungsverhalten und Pläne, sie beschreiben und kritisieren, oft am nächsten Tag wieder. *Pressepiegel* werten die Leitmedien für Parteien und Verbände aus, und da die EU-Kommission vom Luxemburger Jean-Claude Juncker geführt wird, verfolgt man dort die deutsche Medienberichterstattung besonders genau. Direkte Kommentare, am Telefon oder per Textnachricht, gibt es immer wieder, was einen nie vergessen lässt, wie intensiv die eigene Arbeit verfolgt wird. Dies führt aber nicht zu einer Beißhemmung, sondern spornt an, die eigenen Argumente noch besser abzuwägen.

Als Brüssel-Neuling überrascht es mich immer noch, wenn nach Erscheinen eines Artikels eine E-Mail einer ausländischen Vertretung ankommt, die ein Briefing zum Thema X anbietet. Hier wird versucht, „Missverständnisse“ auszuräumen – und zuvor hatte die zuständige Botschaft in Berlin den Artikel übersetzt und einen Hinweis ans Außenministerium geschickt. Dank Tracking-Tools lässt sich auf einer Website sehr genau feststellen, welche Artikel besonders viele Leser interessieren. Hier zieht man als Brüssel-Korrespondent den Kürzeren, denn EU-Themen lassen sich nicht so stark personalisieren, wie es bei der US-Politik möglich ist. Und schon vor Trumps Einstieg in die Politik konnten die Nutzer von *SZ.de* kaum genug bekommen von Berichten aus Washington und vor allem aus anderen Ecken Amerikas.

Noch vor meinem Umzug nach Washington Anfang 2012 hatte ich begonnen, den *Playbook*-Newsletter von *Politico* zu lesen, dessen Erfinder Mike Allen vom *New York Times Magazine* schon 2010 zum mächtigsten Journalisten Washingtons gekürt worden war. „The Man The White House Wakes Up To“, lautete die Überschrift des Porträts, und bis heute sind Newsletters in Washington unverzichtbar: Mike Allen verschickt seine „Be smart“-Analysen mittlerweile für seine eigene Website *Axios*, und „Daily 202“ der *Washington Post* ist analytischer als das *Playbook*.

Brüssel ist mit Verspätung ebenfalls newslettersüchtig geworden, was an *Politico* liegt: Das „Brussels Playbook“ kommt spätestens um sieben Uhr und dürfte von Tausenden müden Korrespondenten und Lobbyisten zum Wachwerden am Smartphone gelesen werden. Mindestens so wichtig für die Strukturierung des Tages sind neben der dpa-Vorschau die Briefings von Bloomberg und *Financial Times*. Gerade die Kommission nutzt den *Playbook*-Newsletter oft als Teaser für jene Dokumente, die Stunden später publik werden, und versucht, ihre Lesart durchzudrücken.

Verschiedenheit der Briefings

Der wichtigste Brüsseler Termin ist das „Midday Briefing“, das werktags um zwölf Uhr stattfindet. Hier kann jeder den Sprechern der EU-Kommission Fragen zu aktuellen Themen stellen oder nachbohren, wieso Ankündigungen nicht eingetreten sind. Seit vielen Monaten mühen sich Briten und Iren täglich, mit kreativen „Was wäre wenn“-Formulierungen

Brüssel verfolgt die deutsche Berichterstattung genauestens

kleinste Veränderungen in Sachen Brexit herauszukriegen, doch in der Regel scheitern sie an den Sprechern, die Phrasen wie „Es gibt nichts Neues aus Brüssel, weil sich in London nichts Neues getan hat“ fehlerlos auf Französisch und Englisch wieder-

holen. Das „Midday“ ist wichtig, weil man hier die Kolleginnen und Kollegen aus anderen EU-Ländern trifft. Die Fragen der Polen, Portugiesen

oder Griechen machen oft aufmerksam auf neue Stories beziehungsweise andere Interpretationen der eigenen Themen.

In Washington gab es früher, also in der Prä-Trump-Ära, mit dem „Daily Press Briefing“ ein ähnliches Ritual, bei dem akkreditierte Journalisten den Regierungssprecher löchern konnten. Wenn Zeit war, lohnte es sich stets, via CNN mitzugucken, aber Pflicht war es nicht, denn dank Push-Meldungen und Twitter-Einstellungen bekam man Wichtiges sofort mit. Heute stellt sich Sarah Huckabee Sanders mitunter 40 Tage lang nicht ans Podium. Sehr viel hat sich in Washington verändert.

Hier muss ein entscheidender Faktor erwähnt werden: die verschiedenen Zeitzonen. In Belgien ist man stets im gleichen Takt wie die Zentralredaktion in Berlin, Düsseldorf oder München, während die Uhren der US-Korrespondenten sechs Stunden zurückgehen. Auf den Alltag hat dies enorme Auswirkungen: Wer von Washington aus für eine Tageszeitung mit Redaktionsschluss zwischen 16.00 und 17.30 Uhr arbeitet, der beginnt nicht nur extrem früh, sondern schreibt regelmäßig über Ereignisse, die mitunter eineinhalb Tage alt

sind, wenn die Zeitung im Briefkasten liegt. Wer für ein Online-Medium arbeitet, muss nicht so früh einsatzbereit sein, aber abends ausharren: Bevor etwa die Vorwahl nicht zu Ende gegangen und der Text nicht über den Atlantik gemailt worden war, war ans Schlafen nicht zu denken.

Kollegiales Verhältnis

Neu ist für mich auch, dass sich die deutschen Journalisten in Brüssel fast täglich sehen. Man begegnet sich beim „Midday“ der Kommission oder bei jenen Briefings in den Vertretungen, die fast alle Mitgliedstaaten vor nahezu jedem Ministertreffen wie dem Auswärtigen Rat oder einem Gipfel organisieren, um Tagesordnung sowie nationale Positionen vorab zu erläutern. Hier geht es kollegial zu, man tauscht Mitschriften aus oder erklärt technische Zusammenhänge. In Washington sehen sich die Korrespondenten (der Anteil an Männern liegt jenseits des Atlantiks noch höher als im Machtzentrum der EU) viel sporadischer, wenn die Botschaft einlädt oder ein Minister in Washington weilt und zum Hintergrundgespräch bittet. Anders als in Brüssel haben nur wenige deutsche Medien Büros in Washington angemietet. Sie sind nicht nur enorm teuer, wegen der Zeitverschiebung ist ein Homeoffice schlicht sehr sinnvoll und Familien schätzen oft die Nähe zur in Maryland gelegenen Deutschen Schule.

Auch ich habe in Washington stets von zu Hause aus oder in Cafés (Tryst! Pleasant Pops! Busboys and Poets!) gearbeitet. Je nach Anforderung des Mediums (die Radioleute produzieren permanent) hatte wohl jeder meiner Kollegen einen anderen Alltag, aber einige Gemeinsam-

**Andere Zeitzonen
geben der Arbeit völlig
andere Rhythmen**

keiten sind doch zu beobachten. In Washington wird mitunter weniger in die Tiefe gegangen als in Brüssel, was nur logisch ist: Die Feinheiten des US-Steuersystems oder die Ausnahmeregelungen der Gesundheitsreform Obamacare sind fürs deutsche Publikum nicht interessant, weil beides keine Auswirkung auf ihren Kontostand hat. Auf EU-Ebene ist dies anders, weil von Brüsseler Richtlinien und Verordnungen oder Gerichtsurteilen aus Luxemburg viele Leser betroffen sind.

Der Blickwinkel ändert sich

Der Anfang als EU-Korrespondent war für mich überwältigender als der Start in Washington, steht in Brüssel doch permanent ein halbes Dutzend großer Themen an: Neben Brexit und Iran-Nukleardeal muss man bei Krisen in Venezuela ebenso durchblicken wie bei den Fusionsplänen von Siemens und Alstom oder den Problemen mit der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn, Polen oder Rumänien – und welche Verfahren die EU jeweils wählt.

Oft fühle ich mich in Brüssel wie bei den Parteitag von Demokraten oder Republikanern zur Kür ihres Präsidentschaftskandidaten: Man will und soll mehrere Geschichten schreiben, parallel finden Dutzende Veranstaltungen statt und man könnte mit Aktivisten, Lobbyisten und Politikern sprechen, um sein Netzwerk aufzubauen. Also muss man Prioritäten setzen (oder die Anweisung der Zentrale befolgen) und im Zweifel am Tag später nachziehen. In den USA ist es meist leichter, die eine große Story zu identifizieren, weil die US-Medien hier doch gleichförmiger sind.

Was fehlt noch? Sowohl in Belgien als auch in den USA machen Bürokratie und Steuersystem einem das Leben schwer, doch diese Hürden lassen sich mit Dienstleistern überwinden. Insgesamt habe ich wunderbare Jahre in Washington verbracht, nach denen ich die heimischen Diskussionen kritischer sehe beziehungsweise überzeugt bin, dass die deutsche Lösung nicht immer die einzig mögliche ist (in Brüssel verstärkt sich das). Erst in den USA habe ich gemerkt, wie stark der (west-)deutsche Rahmen ist, durch den ich auf die Welt blickte und dass ich davon ausging, dass Gesellschaft, Bürokratie und Debattenkultur ähnlich wie in Deutschland seien.

Im Laufe der Zeit war ich in Washington auf vielen Abschiedsfeiern. Eigentlich alle wären gerne länger geblieben. Auch hier gibt es einen Spruch eines älteren Vorgängers: „Die USA sind ein extremes und verrücktes Land. Egal, wie gut man Amerika vor dem Umzug kannte, am Ende mag man es noch mehr.“ Als ich 2017 nach Deutschland zurückkehrte, ging es mir genauso. Damals war Donald Trump erst neun Wochen Präsident. Ich will nicht ausschließen, dass er die Sympathie der deutschen Korrespondenten für die USA nachhaltig beschädigt.

Die deutsche Lösung ist nicht immer die einzig mögliche



Matthias Kolb arbeitet seit 2018 als Korrespondent für die *Süddeutsche Zeitung* in Brüssel; zuvor berichtete er mehrere Jahre aus Washington.